

Sozialistischer Universalismus oder nationales Projekt? Ein Blick auf die Geschichte linker Parteien in Israel

Noam Sheizaf

Die Kluft zwischen zionistischen und nicht-zionistischen linken Parteien war in der Geschichte der israelischen Linken schon immer die wichtigste Spaltungslinie. Angesichts des Rechtsrucks in Israel benötigen wir mehr denn je eine Vision, die die linken Kräfte verbindet.

Im Dezember 2014, im Vorfeld der Wahlen zur 20. Knesset, gaben die kleine, von Tzipi Livni angeführte HaTnu'a-Fraktion und die Arbeitspartei unter der Führung von Yitzhak Herzog den Zusammenschluss ihrer Kandidatenlisten bekannt. Das war ein vernünftiger politischer Schachzug in Reaktion auf die Dominanz des Likuds bei den vorangegangenen Wahlen. Nur der für die gemeinsame Partei gewählte Name und dessen Darstellung waren überraschend: „Zionistisches Lager“, in blauweißen Buchstaben, den Farben der israelischen Flagge. Das trug eher die Handschrift der rechten oder der Zentrumsbewegungen als die der linksorientierten Arbeitspartei (und ihre Vorgängerin Mapai), auf die die Gründung des Staates Israel zurückgeht. Für Tzipi Livni, die aus einer revisionistischen, sprich der zentralen rechtsgerichteten Partei Cherut nahestehenden Familie stammt, war dies eine natürliche Fortsetzung ihrer politischen Karriere. Aber warum hatte Herzog, Sohn des ehemaligen Präsidenten Chaim Herzog und langjähriges Mitglied der Arbeitspartei, der Geschichte seiner Partei und seiner Familie den Rücken zugekehrt?

In einem Interview mit der Tageszeitung Haaretz kurz nach der Wahlniederlage äußerte sich Herzog folgendermaßen: „Dass ich in der Opposition bin, bedeutet nicht, dass ich immer noch weit links stehengeblieben sein muss. Ich bin ein Parteiführer, der aus dem Zentrum kommt.“ Später fügte er hinzu: „Ich bin ein Mann der Mitte, der glaubt, dass es notwendig ist, das Land zu teilen, nicht, weil ich sehnlichst einen Teil der Heimat aufgeben will, sondern weil es notwendig ist.“ Herzogs Vorgängerin, die ehemalige Vorsitzende der Arbeitspartei, Shelly Yachimovich, hatte sich zwar nicht für eine Änderung des Parteinamens ausgesprochen, lehnte aber auch in vielen ihrer Äußerungen eine Identifizierung der Arbeitspartei mit der Linken ab. „Die Arbeitspartei war niemals eine linke Partei“, sagte Yachimovich kürzlich.

Yachimovich ist als eine große Verfechterin der Gewerkschaften und des Sozialstaats bekannt. Unter ihrem Vorsitz hatte sich die Arbeitspartei intensiv mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die weltweit mit der Linken identifiziert werden, befasst. Ihre (und später Herzogs)

Entscheidung, ihre Partei als Teil des sich in den letzten Jahrzehnten in der israelischen Politik herausgebildeten „Zentrumsblocks“ zu sehen, ist nur eine Manifestation der tiefen Krise der israelischen Linken, vor allem der zionistischen Linken, und der absoluten ideologischen und elektoralen Dominanz der Rechten. Die Krise ist eine Auswirkung des Scheiterns des Oslo-Prozesses und des Siegeszuges des Neoliberalismus in Israel und weltweit, sie geht aber auch auf das ungeklärte Verhältnis der Linken zu Grundlagen des Staates Israel zurück, vor allem, was ihre Haltung gegenüber dem Zionismus und der arabischen Bevölkerung angeht. Dass die zionistische Linke keine eindeutigen Antworten auf diese Fragen gefunden hat, droht ihr heute das Genick zu brechen.

Die Kluft zwischen zionistischen linken Parteien, das heißt solchen, die die Gesetze, die Israel als einen „jüdischen Staat“ definieren, akzeptieren, und nicht zionistischen Gruppierungen war in der Geschichte der israelischen Linken schon immer die wichtigste Spaltungslinie. Diese deckt sich weitgehend mit der jüdisch-arabischen Bruchspalte, obwohl an den zionistischen linken Bewegungen auch immer einige Palästinenser*innen beteiligt waren und Juden und Jüdinnen in der nicht zionistischen Linken einen relativ großen Einfluss hatten.

In Rahmen der israelischen politischen Rhetorik ist es üblich, darauf zu verweisen, dass es zionistisch-sozialistische Bewegungen waren, die den Staat Israel gegründet haben. Eine genauere historische Analyse zeigt jedoch, dass Yachimovich und Herzog mit ihrer Behauptung, die Arbeiterpartei sei nie wirklich links gewesen, nicht ganz falsch liegen. Die israelische Arbeiterbewegung schmückte sich zwar über Jahre mit linkem „Dekor“ – 1.-Mai-Demonstrationen oder die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationalen –, aber die grundsätzliche Spannung zwischen einem sozialistischen Universalismus und dem ethnisch-nationalistischen Projekt des Zionismus ist in ihr seit ihren Anfängen sichtbar. An allen wichtigen Scheidepunkten, an denen die Partei mit dem Dilemma konfrontiert war, sich für eine Richtung entscheiden zu müssen, zog sie die nationale vor.

Die meisten der von der jüdischen Führung in Palästina gegründeten Institutionen hatten einen deutlichen nationalen Charakter, selbst die, die wie sozialistische linke Organisationen aussahen. Das markanteste Beispiel hierfür ist die Histadrut, nicht nur weil sie aufgrund ihrer außergewöhnlichen Struktur – die Histadrut war eine Interessenvertretung von Arbeiter*innen und zugleich ein bedeutender Arbeitgeber – weltweit eine Sonderstellung unter Gewerkschaften einnahm, sondern vor allem wegen ihrer wichtigen Rolle im zionistischen Kampf um die Schaffung der unabhängigen nationalen Existenz in Palästina. So floss zum Beispiel ein großer Teil ihrer Ressourcen in den ersten Jahren in den Kampf zur Förderung der „hebräischen Arbeit“. Die Histadrut war weniger eine Gewerkschaft als ein zentrales nationales Organ bei den Bemühungen den im Entstehen begriffenen jüdischen Staat Realität werden zu lassen.

Die beiden Strömungen, die nationale und die sozialistische, kamen in zwei Parteien zum Ausdruck, die zur Zeit der Staatsgründung, in den späten 1940er Jahren,

dominant waren: die Arbeiterpartei in Eretz Israel [Palästina] (Mapai) und die Vereinigte Arbeiterpartei (Mapam). In der damaligen Auseinandersetzung zwischen David Ben-Gurion und seinen Mapai-Parteigenoss*innen, die ein auf Institutionen und Pragmatismus gestütztes nationalistisches Programm verfolgten, und dem ideologischen Radikalismus der Mapam behielten die Ersteren fast immer die Oberhand. Ben-Gurion selbst hat die Position der national eingestellten Mehrheit in seiner berühmten Veröffentlichung „Von einer Klasse zu einem Volk“¹ deutlich gemacht: Die Arbeiterbewegung in „Eretz Israel“, so stellte er fest, sei kein Teil der globalen Arbeiterbewegung und nicht einmal eine Fortsetzung der weltweiten jüdischen Arbeiterbewegung, sondern eine „neue Wendung“, charakterisiert durch „unabhängige Handlungs- und Denkmuster in dem sich erneuernden Vaterland“.

Es sollte erwähnt werden, dass auch die Mapam keine pazifistische oder antikoloniale Partei war. Im Gegenteil: Der Einfluss der Partei auf die paramilitärische Elite-Einheit Palmach war sehr groß, und die Parteiführer kritisierten häufig die vorsichtige Linie, die von Ben-Gurion diktiert wurde. In ihren ersten Jahren fand das „Linkssein“ von Mapam hauptsächlich darin Ausdruck, dass die Partei die Sowjetunion den USA im Kalten Krieg vorzog, und weniger in ihrer Haltung zum Verhältnis zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung in Palästina.

Auf dem Höhepunkt ihrer Macht stellte die Mapam – die bei den ersten Wahlen im Jahr 1949 19 Sitze erhielt – nach der Mapai (mit 46 Sitzen) die zweitgrößte Fraktion und war somit die wichtigste Opposition zu Ben-Gurion. Ihre Unterstützung der stalinistischen Sowjetunion unterminierte ihre Basis in der Öffentlichkeit und führte zu erbitterten internen Spaltungen. In den 1950er Jahren fand ein Richtungswechsel in der Partei statt, der unter anderem in einer kompromissbereiten Haltung resultierte. Die Mapam war gegen die Militärregierung, der die arabischen Staatsbürger*innen Israels unterstellt waren, und sie war die erste zionistische Partei, aus deren Reihen ein arabisches Mitglied (Rostam Bastuni) zum Knesset-Abgeordneten gewählt wurde. Im Laufe der Zeit wurde die ideologische Kluft zwischen der Mapam und der Mapai viel geringer. Beide Parteien, die bei mehreren Wahlen sogar mit einer gemeinsamen Wahlliste antraten, waren dafür, die von Israel im Krieg von 1967 eroberten Gebiete solange zu behalten, bis sich die politische Situation in der arabischen Welt zugunsten Israels ändern würde.

Die linke Alternative: KPP, KPI und Chadasch/al-Dschabha

Es gab viele andere linke Parteien, die im Verlauf der israelischen Geschichte gegründet, wieder aufgelöst, gespalten oder neu zusammengesetzt haben. Die beständigste Alternative zu den etablierten Parteien des Zentrums und der zionistischen Linken war die Kommunistische Partei Israels (KPI), deren Ursprung in der Kommunistischen Partei Palästinas (KPP) liegt. Die 1919 gegründete KPP sah im Zionismus eine imperialistische Bewegung, definierte sich

als jüdisch-arabische Bewegung und war gegen die Gründung des Staates Israel. Ihre Geschichte war voller interner Spannungen, die aufgrund der zunehmenden Gewalt zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung eskalierten sowie aufgrund anderer Konflikte, wie zum Beispiel die Rekrutierung in die britische Armee („ein Organ des Imperialismus“) vor dem Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Die Krise erreichte im Jahr 1943 ihren Höhepunkt, als sich die Partei in einen jüdischen Flügel (KPP) und einen arabischen Flügel (Nationale Befreiungsliga) spaltete.

Mit dem Krieg, der mit dem Ende des britischen Mandats 1948 ausbrach, wurde der arabische Flügel der Kommunistischen Partei, die Nationale Befreiungsliga, praktisch aufgelöst. Nach der Staatsgründung vereinigten sich die im Land verbliebenen arabischen Kommunist*innen mit dem jüdischen Flügel und gründeten die KPI als eine nicht zionistische jüdisch-arabische Partei. Trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Zionismus gehörte Meir Vilner, einer der jüdischen Vorsitzenden der KPI, zu den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. Angesichts der totalen Identifikation der KPI mit der Sowjetunion fiel es der Mapai nach der Staatsgründung leicht, sie aus dem öffentlichen Konsens der jüdischen Gesellschaft auszugrenzen.

Wie ihre Vorgängerin hatte auch die KPI Mühe, die jüdisch-arabische Einheit zu bewahren. Seit Mitte der 1960er Jahren war sie in zwei Strömungen gespalten, von denen die eine nicht lange überlebte. 1965 verließ eine mehrheitlich arabische Fraktion die Partei und gründete die Neue Kommunistische Liste (Rakach), die sich später – nach der formellen Auflösung ihrer Konkurrentin – den Namen KPI zurückeroberte. Von 1977 bis 2015 nahm die Rakach (später wieder mit dem Namen KPI) als führende Kraft der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch/al-Dschabha) – eine von verschiedenen linkssozialistischen Bewegungen und Gruppen gebildete Frontorganisation – an den Wahlen teil.

Trotz vieler Schwierigkeiten gelang es der Kommunistischen Partei über lange Zeit, im parlamentarischen System und in der öffentlichen Debatte eine klare Alternative zur zionistischen Bewegung darzustellen. Die Mitglieder der KPI waren die Ersten, die das 1956 stattgefundene Massaker an den Bewohner*innen von Kafr Qasim aufdeckten; sie waren gegen den Krieg von 1967 und machten die israelische Regierung für den Ausbruch des Krieges 1973 verantwortlich, weil sie diplomatische Schritte und die Räumung der besetzten Gebiete abgelehnt hatte – eine Argumentation, die die zionistische Linke zum Teil in den 1980er und 1990er Jahren übernommen hat. In den 1960er Jahren entwickelte sich Rakach eindeutig zur parlamentarischen Vertreterin der palästinensischen Bevölkerung in Israel und zur Anführerin der wichtigsten Protestbewegungen, wie zum Beispiel des Generalstreiks der arabischen Bevölkerung in Israel im Jahr 1976, der sich gegen die Entscheidung der ersten Rabin-Regierung richtete, 20.000 Dunam (=20 Millionen Quadratmeter) Land von arabischen Bürger*innen in Galiläa zu enteignen. Der Streik ging als „Tag des Bodens“ in die Geschichte ein und seine gewaltsame Niederschlagung

wurde zum prominentesten historischen Symbol der palästinensischen Bevölkerung in Israel.

Für fast 70 Jahre, von 1948 bis 2015, war die KPI/Rakach die einzige relevante politische Organisation in Israel, in der Jüdinnen, Juden und Araber*innen zusammenwirkten, und die es schaffte –unter Bedingungen extremer Ungleichheit, des anhaltenden gewaltsamen israelisch-palästinensischen Konflikts, interner Spannungen und unter großem äußeren Druck aufgrund des Kalten Krieges –, die politischen Narrative und Anliegen beider Völker zu integrieren. Was sich unter anderem darin widerspiegelte, dass ihr Vorsitzender Meir Vilner die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnete, während die Partei zugleich die im israelischen konstitutionellen System festgeschriebene extreme Ungleichheit zwischen jüdischen und arabischen Bürger*innen ablehnte. Die KPI war die erste parlamentarische Bewegung, die „zwei Staaten für zwei Völker“ und eine volle Gleichberechtigung der palästinensisch-arabischen Staatsbürger*innen forderte, noch bevor sich die Formulierung „Staat aller seiner Bürger“ im öffentlichen Diskurs etabliert hatte. Der ausgeprägte Pragmatismus der Partei zeigte sich insbesondere in den Jahren 1992 bis 1995, als die Chadasch/al-Dschabha eine entscheidende Rolle dabei spielte, Rabins Regierungskoalition eine Mehrheit zu sichern. Nur so waren die Oslo-Abkommen und der Friedensvertrag mit Jordanien möglich.

Aber trotz all ihrer ideologischen und praktischen Erfolge zog die Partei nur wenige jüdische Bürger*innen an. Nach verschiedenen Schätzungen stimmten bei den letzten Wahlen nicht mehr als 10.000 Jüdinnen und Juden für Chadasch/al-Dschabha (für einen Knesset-Sitz wird in etwa das Doppelte an Stimmen benötigt). Die Basis der Partei ist und war schon immer innerhalb der arabischen Bevölkerung – und auch dort verliert sie zunehmend an Boden aufgrund der wachsenden Popularität von nicht linken, palästinensischen Parteien, insbesondere der Balad/al-Tadschamu‘ und der Islamischen Bewegung.

Niedergang der Mapai und die politische Wende

Schon bei den Verhandlungen zur Bildung der ersten Regierung in Israel hatte Ben-Gurion den berühmten Slogan „Ohne Cherut und Maki [KPI]“ geprägt, womit er die Grenzen der politischen Legitimität im neugegründeten Staat zog. Die ultraorthodoxen und religiösen Parteien wurden dazu aufgefordert, sich zusammen mit den zionistischen Mitte-links-Parteien an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die antizionistische KPI und die zionistisch-revisionistische Cherut blieben außen vor.

Dies war die Zeit der Vorherrschaft von Mapai. Sie und ihre Satellitenparteien waren nicht nur an der Macht, sondern verfügten auch über eine sehr weitgehende ideologische Dominanz im öffentlichen Diskurs. Ihre Leute beherrschten die meisten staatlichen Institutionen und sorgten dafür, dass nur getreue Anhänger*innen eine Stellung fanden und andere aus dem Staatsapparat entfernt wurden. Wie schon erwähnt, die ersten Risse in

der Vorherrschaft der Mapai deuteten sich bereits in den 1950er Jahren an, in den 1960er Jahren wurden sie unübersehbar. Die Verschiebung der Grenzen des Konsenses fanden 1967, am Vorabend des Kriegs, ihren handfesten Ausdruck in dem Umstand, dass Premierminister Levi Eshkol von der Mapai die von Menachem Begin geführte Cherut-Partei in die Regierungskoalition aufnahm. Die 1970er Jahre waren schon von erheblicher politischer und ideologischer Konkurrenz gezeichnet, die politische Wende von 1977 schließlich brachte die rechte Likud-Wahlliste an die Macht. Mapai und Likud bildeten lange Zeit miteinander konkurrierende politische Blöcke, deren Zusammensetzung sich im Laufe der Zeit stetig änderte. Aber während die Koalition der Rechten immer stärker wurde, verblasste die Linke.

Der Niedergang der Mapai hatte viele Gründe: Die Parteilite hatte es versäumt, Nachwuchskader heranzubilden. Die internen Kämpfe, vor allen die Rivalität zwischen Shimon Peres und Yitzhak Rabin, hatten der Rechten eine Fülle von politisch ausschlagbaren Situationen geliefert. Vetterwirtschaft und Engstirnigkeit des Parteiapparats führten zu einer wachsenden Antipathie gegenüber der Mapai, sowohl unter Linken als auch unter Rechten. Der institutionalisierte Rassismus, die Ausgrenzung und herablassende Behandlung von aus arabischen Ländern stammenden Israelis, Sefarden oder Mizrachim genannt, brachte die große Mehrheit dieser Menschen dazu, den Likud zu unterstützen – obwohl die revisionistische Bewegung ebenso wie die Mapai von aus Osteuropa stammenden aschkenasischen Juden angeführt wurden.

Die Ratz (Bewegung für Bürgerrechte und Frieden) und die Schinui (wörtlich: Veränderung – säkulare Bewegung), die in den 1970er Jahren gegründet wurden und deren ideologischer Einfluss größer war als ihre parlamentarische Präsenz, markierten eine weitere Wende innerhalb der Geschichte der Linken. Der westliche Liberalismus ersetzte den Sozialismus als einflussreichste Denkrichtung. Die sozioökonomische Agenda des Sozialstaats und der Arbeitnehmerrechte wurde zugunsten von Kämpfen um individuelle Freiheiten und wirtschaftliche Liberalisierung aufgegeben. Es waren die Arbeitspartei und Meretz (eine neue Partei, die aus dem Zusammenschluss von Mapam mit Ratz und Schinui hervorgegangen ist) und nicht der prokapitalistische Likud, die in den 1990er Jahren in Israel für eine rasche Privatisierung ehemals staatlicher Einrichtungen und Infrastruktur sorgten. Der Liberalismus und die damit einhergehenden Kämpfe um die Rechte des Individuums brachten einige Erfolge, wie die Förderung von Frauen und die Stärkung von LGBTI-Rechten, aber diese blieben begrenzt und reichten meist nicht über den Einflussbereich der Linken hinaus.

Am Ende der 1990er Jahre war die Linke politisch völlig isoliert. Die ideologische Wende unter den religiösen zionistischen Parteien – die Verschiebung ihres Schwerpunkts von Fragen der Religion und des Staates hin zu den „Siedlungen“, der aggressiven Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete – machte eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Arbeitspartei und der Nationalreligiösen Partei sehr schwierig. Der Fokus der Linken auf individuelle Freiheiten und Rechte wiederum machte ein Bündnis

mit den ultraorthodoxen Parteien unmöglich. Die Privatisierung schadete den Betriebsräten, die ein wichtiger Teil der Basis der Arbeitspartei waren. Die Entfremdung der Arbeitspartei von den Anliegen der Mizrachim verhinderte außerdem eine Kooperation mit der Schas-Partei, die in erster Linie die Interessen ultraorthodoxer sephardischer Juden vertritt, trotz des pragmatischen und moderaten Ansatzes der Parteiführung. Und was das Schlimmste ist: Mit Ausnahme einer kurzen Episode während der zweiten Rabin-Regierung (1992–1995) hat die zionistische Linke nicht versucht, mit den palästinensischen Israelis, die um die 20 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, zusammenzuarbeiten. Natürlich hätte eine solche Allianz erfordert, die Vorstellungen von einem jüdischen Staat gründlich zu revidieren und sich für einen egalitäreren Ansatz einzusetzen. Aber die zionistische Linke hat sich sogar schwergetan, über solche Fragen überhaupt nur zu diskutieren. Das belegen die panischen Reaktionen auf den zunehmenden Trend unter Historiker*innen und Soziolog*innen, die Grundlagen des Zionismus zu kritisieren. Damit hat die israelische Linke nicht nur ihre universellen Werte, vor allem den Anspruch auf Gleichheit, aufgegeben, sondern auch die strategischen Vorteile, die mit einem Bündnis mit der arabisch-palästinensischen Bevölkerung einhergehen würden.

Angesichts ihrer Wahldebakel und der politischen Krise, in der sich die Arbeitspartei befindet, haben es ihre Anführer*innen in den letzten Jahrzehnten vorgezogen, sich rechten Regierungen anzuschließen. Damit haben sie dazu beigetragen, diesen im Land und international politische Legitimität zu verleihen. Im Gegenzug erhielt sie nur relativ unbedeutende Ministerposten und somit blieb der Einfluss der Arbeitspartei auf die Regierungspolitik marginal.

Die zweite Rabin-Regierung und die Oslo-Abkommen

In den Jahrzehnten des Niedergangs der Linken bildete die zweite Rabin-Regierung eine augenfällige historische Ausnahme, deren Nachwirkungen noch heute zu spüren sind. Es war die einzige Regierung seit 1977, die die Arbeitspartei allein, das heißt ohne Unterstützung der Rechten, gebildet hat. Rabin war in das Amt des Premierministers in einer einzigartigen geopolitischen Konstellation dank eines Zufalls zurückgekehrt. Der Likud war infolge des 1987 ausgebrochenen Aufstands der Palästinenser*innen (der Ersten Intifada) und der tiefen Rezession in Israel sehr geschwächt. Bei den Wahlen war die rechte Partei Techija (Wiederbelegung) an der Prozenzhürde gescheitert und die Rechte hatte insgesamt Zehntausende Stimmen verloren, die von kritischer Bedeutung waren. Dadurch konnten die Arbeitspartei, die Meretz-Wahlliste und die nicht zionistischen Parteien zusammen eine Mehrheit von 61 Knesset-Sitzen erzielen, womit sie die Bildung einer rechten Regierung blockieren konnten – was im Gegensatz zu den sozialen und demografischen Entwicklungen in Israel in den letzten Jahrzehnten stand. Es waren Chadasch/al-Dschabha und die Arabische Demokratische Partei, die

der linken Koalitionsregierung eine parlamentarische Mehrheit sicherten. Obwohl beide Listen nicht in der Regierung vertreten waren, war Chadasch/al-Dschabha – zum einzigen Mal in der Geschichte Israels – ein Koalitionsabkommen mit der Arbeitspartei eingegangen.

Die Erste Intifada, die den internationalen Druck auf Israel sehr verstärkt hatte, die diplomatische Dynamik infolge des Siegs der internationalen Koalition im ersten Golfkrieg sowie der Zusammenbruch der Sowjetunion schufen die Bedingungen für diesen historischen Durchbruch. Nachdem sie sich einige Monate Zeit gelassen hatte, nahm die Rabin-Regierung dann doch sehr zügig geheime Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) auf, was zur Unterzeichnung von Interimsabkommen zwischen der israelischen Regierung und Vertretern der Palästinenser*innen, auch als Oslo-Abkommen bekannt geworden, führte. Gemäß den Vereinbarungen kehrte die im Exil lebende palästinensische Führung unter Yassir Arafat in die 1967 besetzte Westbank und den Gazastreifen zurück, um dort einer temporären autonomen Verwaltung bis zur Unterzeichnung von dauerhaften Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO im Jahr 1999 vorzustehen.

Infolge der Oslo-Abkommen nahm Israel diplomatische Beziehungen mit weit entfernten Mächten wie Indien und China auf, unterzeichnete einen Friedensvertrag mit Jordanien und eröffnete eine diplomatische Vertretung in Katar. Die wirtschaftliche Liberalisierung führte zur Stärkung des privaten Sektors und zum Wachstum des international ausgerichteten israelischen Kapitals. Israels Beziehungen zur Türkei wurden sehr viel enger, die US-amerikanische Unterstützung für Israel nahm zu, Israel und die Europäische Union unterzeichneten ein Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Aufhebung der Visumpflicht. Der Boykott der arabischen Länder wurde beendet.

Aber schon bald wurden die Mängel der Abkommen sichtbar – die lange Dauer der Interimsphase bot den Gegner*innen ausreichend Gelegenheit, sie zum Scheitern zu bringen. Die Verhängung der Blockade über die besetzten Gebiete beeinträchtigte sehr stark die Existenzgrundlage der palästinensischen Bevölkerung. Die Welle von Anschlägen, die in jenen Jahren von palästinensischen Gruppen, die gegen die Abkommen waren, durchgeführt wurden, belastete die öffentliche Atmosphäre extrem. Das Versagen, die Frage der Siedlungen zu klären, war wohl von größter Bedeutung: Das weitere Wachstum der Siedlungen während des Oslo-Prozesses hat den totalen Widerstand der Siedler*innen gegen die Abkommen nicht im Geringsten gemindert, hat aber viele Palästinenser*innen dazu gebracht, die Oslo-Abkommen als einen Trick zu sehen, der darauf abzielt, den Diebstahl ihres Landes fortzusetzen. Vor diesem Hintergrund wurde die Kluft innerhalb Israels zwischen den Anhänger*innen und den Gegner*innen der Abkommen immer größer.

Die Rabin-Regierung hatte zu viele Feinde und zu wenige Verbündete – eine Folge der erheblichen Fehler der Linken. Der Kulturkampf zwischen den Liberalen und der sephardischen ultraorthodoxen Schas-Partei, zusammen mit dem steigenden öffentlichen Druck hinsichtlich der Oslo-Abkommen, veranlassten die Schas, aus der Koalition auszuscheiden. Das Oslo-II-Abkommen wurde mit nur zwei

Stimmen Mehrheit ratifiziert, nach einer erbitterten Auseinandersetzung im Parlament. Etwas mehr als zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens wurde Premierminister Rabin von einem religiösen Juden bei einer Friedenskundgebung in Tel Aviv ermordet. Rabin hatte noch nicht den Entwurf des endgültigen Abkommens gesehen, den der stellvertretende Außenminister Yossi Beilin und Arafats Vize, Mahmud Abbas, wenige Tage vorher fertig ausgearbeitet hatten.

Trotz der vielen Mängel der Oslo-Abkommen und trotz der unverantwortlichen Privatisierungswelle, die in jenen Jahren vorangetrieben wurde, ist die Rabin-Regierung ein leuchtendes Beispiel in der Geschichte Israels, weil unter ihr eine zweifache Anerkennung der Palästinenser*innen stattfand: eine Anerkennung der arabisch-palästinensischen Israelis als würdige Partner für ein politisches Bündnis und die Anerkennung der PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten und in der Diaspora. Das war die größte Leistung der israelischen Linken.

Shimon Peres, der Rabin als Premierminister nachfolgte, führte einen vorsichtigen und zögerlichen Wahlkampf und unterlag nur knapp dem Kandidaten der Opposition, Benjamin Netanjahu. Der Mord an Rabin in Kombination mit den politischen Umwälzungen bereitete dem Oslo-Prozess den Garaus. Die von den Interimsabkommen geschaffenen Strukturen, die eigentlich ein Übergangsarrangement auf dem Weg hin zu einem palästinensischen Staat hätten sein sollen, verfestigten sich und schufen ein Herrschaftssystem, wonach die Besatzung seit Jahrzehnten operiert. An dem nächsten wichtigen Schritt des Entgegenkommens in Bezug auf die Palästinenser*innen – dem Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 – war die Linke schon nicht mehr beteiligt. Die Kluft zwischen der zionistischen Linken und den arabischen Parteien vertiefte sich weiter, aber selbst der fortgesetzte Rechtstrend der Arbeitspartei konnte nicht verhindern, dass diese immer mehr Unterstützung in der Öffentlichkeit verlor.

Zwischen Wirtschaft und „Sicherheit“ – Protest gegen unsoziale Zustände und der Aufstieg der Rechten

Der obige Überblick hat gezeigt: Anders als in den meisten westlichen Demokratien wird die Linke in Israel meist nicht auf einer Skala sozial- und wirtschaftspolitischer Positionen zwischen freier Marktwirtschaft und Sozialismus verortet, sondern entscheidend ist der Gegensatz zwischen „Falken“ und „Tauben“. Mit anderen Worten: Sowohl die Wähler*innen als auch die Parteien definieren sich selbst auf einer Rechts-links-Skala entsprechend ihrer Haltung zur palästinensischen Frage. Die Auseinandersetzung über soziale und ökonomische Fragen ist, wenn sie denn überhaupt geführt wird, in der Regel dem „Sicherheitsdiskurs“ untergeordnet. So finden sich in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eher rechts ausgerichtete Parteien wie Schinui als Teil der Linken wieder, während populistische soziale Bewegungen wie die Schas dem rechten Lager zugeordnet werden und im Rahmen der Koalitionsdisziplin

sogar die unsoziale Wirtschaftsgesetzgebung der Regierung unterstützen.

Im Sommer 2011 schien diese Dichotomie für einen Augenblick durchbrochen worden zu sein. Der spontane Protest junger Menschen in Tel Aviv gegen zu hohe Wohnungspreise und -mieten löste eine Welle von Demonstrationen im ganzen Land aus. An der größten beteiligten sich eine halbe Million Menschen. Die „Zelt-Protestaktionen“ und der Ruf nach „sozialer Gerechtigkeit“ katapultierten soziale und ökonomische Diskussionen zum ersten Mal in der Geschichte Israels ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie führten zu einer Reihe von Forderungen nach Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit und zur Umverteilung von Kapital und Ressourcen und brachten in Israel eine neue Generation von Aktivist*innen, außerparlamentarischen Bewegungen, Parteien und Politiker*innen hervor. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2013 wurden mehr als 50 der 120 Knesset-Sitze neu besetzt.

An den Protesten gegen die unsozialen Zustände nahm eine große Vielfalt von Aktivist*innen teil – von gemäßigten Rechten hin zu Anarchist*innen und Kommunist*innen. Nichtsdestotrotz war dies im Wesentlichen eine Bewegung der städtischen Mittelschicht, es fehlten weitgehend die Armen, die Religiösen und die Palästinenser*innen. Mit anderen Worten: Es waren zumeist die Wähler*innen der linken und der Zentrumsparteien, die damals auf die Straßen gingen.

Dementsprechend wirkte der Protest hauptsächlich in diesen Parteien nach: Die Zentrumspartei Kadima (Vorwärts), die aus altgedienten grauen Politikern bestand, verschwand. Prominente Aktivist*innen der Protestbewegung traten der Arbeitspartei und Meretz bei. In Chadasch/Dschabha wurde Ayman Odeh als Sekretär gewählt, um die altgediente linke Partei zu führen. Odeh, der viele Tage im Protestzelt auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv verbracht hatte und Aktivist*innen der Protestbewegung im Norden des Landes zu sich nach Hause eingeladen hatte, ist einer der ersten Chadasch/al-Dschabha-Führer, die nicht aus den Reihen der Kommunistischen Partei kommen. Unter seiner Leitung schloss sich Chadasch/al-Dschabha mit drei anderen arabischen Listen zusammen, um 2015 an den Knesset-Wahlen teilzunehmen. Die Gemeinsame Liste erhielt fast eine halbe Million Stimmen und vertritt heute mehr palästinensische Bürger*innen und deren Interessen im israelischen Parlament als jemals irgendeine andere Partei zuvor.

Die Straßenproteste brachten einzelne Verbesserungen mit sich, wie zum Beispiel die Ausweitung der Schulpflicht oder neue Investitionen ins Gesundheitswesen. Andererseits ist es ihnen wie auch anderen Massenbewegungen im Westen in den letzten Jahren nicht gelungen, das politische und wirtschaftliche System grundlegend zu verändern, das weiterhin nach den Regeln des Neoliberalismus operiert. Obwohl die Proteste einen Wandel des Diskurses und einen Wechsel bei den zentralen Akteuren im Mittlinks-Spektrum und damit gewissermaßen eine neue politische Ära in Israel herbeigeführt haben, sind das Wesen dieser Ära und die ihr inhärenten Möglichkeiten, Transformationen zu bewirken, noch nicht völlig klar. In Israel ist

noch kein neuer zivilgesellschaftlicher Diskurs entstanden, der das Konzept der Gleichheit in seinem eigentlichen, seinem weiteren Sinn aufgreift, das heißt, der nicht nur bezogen ist auf Individuen, sondern auf Bevölkerungsgruppen, insbesondere auf das Verhältnis zwischen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung.

Die oben beschriebenen Entwicklungen haben sich in den Wahlergebnissen von 2015 deutlich niedergeschlagen. Trotz der Schwäche der Regierung und des Scheiterns einer rechtsextremen Partei an der Prozenzhürde (wodurch die Rechte Zehntausende Stimmen verlor) war die Niederlage der Linken total und eindeutig. Nach den Wahlen schlossen sich die Ultraorthodoxen und die Siedler*innen dem Likud an, um eine Regierungskoalition zu bilden, die nicht einmal auf die rechte Wahlliste des ehemaligen Außenministers Avigdor Lieberman angewiesen war. Die linksliberale Meretz-Partei nahm nur knapp die Prozenzhürde und ihre Zukunft ist ungewiss. Der erfreuliche Erfolg der nicht zionistischen Parteien im Rahmen der Gemeinsamen Liste erscheint fast bedeutungslos angesichts der Unfähigkeit der jüdischen Linken und der palästinensischen Abgeordneten zusammenzuarbeiten.

Die Likud-Partei regiert in Israel seit dem Jahr 2001. Sie ist zur dominanten Kraft geworden, die die ideologische und politische Agenda diktiert, mit ihren Leuten alle wichtigen Stellen im öffentlichen Dienst besetzt und in der Lage ist, weitgehend eigenständig die Grenzen des gesellschaftlichen Konsens zu bestimmen – so wie früher die Mapai-Bewegungen, die einst im Zentrum der Gesellschaft standen und wichtiger Teil dieses Konsens waren, wie zum Beispiel die Mapam (die inzwischen ein Teil der zionistischen linken Meretz-Partei ist), befinden sich heute am Rande der Gesellschaft und damit der Legitimität, während Vertreter*innen der radikalen Rechten, die einst ausgegrenzt wurden und zum Teil sogar als illegal galten, nun schon gelegentlich Teil des rechten Lagers im Parlament sind, auf das sich die Regierung stützt.

In Zeiten wachsender politischer und gesellschaftlicher Fragmentierung und zunehmender Instabilität in der gesamten Region neigt die Rechte zu immer autoritäreren Maßnahmen, verfolgt Dissident*innen und versucht, den Status quo in Bezug auf die Palästinenser*innen durch den Einsatz massiver militärischer Gewalt aufrechtzuerhalten. Israel hat sich zu einem der weltweit führenden Länder entwickelt, was die Technologien zur Kontrolle und Überwachung der Zivilbevölkerung angeht. Die Regierung setzt diese vor allem gegen die Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten ein, mitunter aber auch gegen die eigenen Bürger*innen. Der öffentliche Diskurs ist immer stärker von Gewalt und Entfremdung geprägt. Regierung und Medien fördern eine zynische Vision von ethnischen Konflikten und Religionskriegen, die einen Vorwand bieten, um die politische und wirtschaftliche Macht weiterhin in den Händen einer kleinen Elite zu konzentrieren und das palästinensische Volk anhaltend zu unterdrücken. Was wir dagegen ganz offensichtlich dringend brauchen, ist eine multikulturelle Vision von Gesellschaft, die sowohl über den nationalen Diskurs als auch die gängige Identitätspolitik hinausweist. Eine Vision von Partnerschaft und Konsens, die unterschiedliche gesellschaftliche und politische Kräfte

einbindet. Eine Vision, die die israelische Linke schon immer hätte anstreben sollen. Heute ist deutlicher als je zuvor, wie wichtig eine solche Perspektive ist.

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Noam Sheizaf arbeitet als freier Journalist.

Anmerkungen

- 1 Ben-Gurion, David: Von einer Klasse zu einem Volk: Beiträge zur Klärung des Weges und der Ziele der Arbeiterbewegung [Hebräisch]. Davar-Ausgabe, Tel Aviv, 1933. Der hebräische Text der Einleitung, auf die im Text Bezug genommen wird, findet sich unter: http://benyehuda.org/ben_gurion/index.html

Glossar

Arabisch-Palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neugegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen, einschließlich der 'anwesenden Abwesenden') erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark beeinträchtigt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit - bis heute - ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen (ca. 20 Prozent der Israelis) angehören.

Aschkenasim — (weiblich: Aschkenasijot)

oder aschkenasische Juden und Jüdinnen, im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende Juden und Jüdinnen.

Balad/al-Tadschamu'

Die Demokratische Nationale Allianz, 1995 als Abspaltung aus Chadasch/al-Dschabha gegründet, definiert sich als demokratische progressive nationale Partei für die

palästinensischen Bürger*innen Israels. Die in sozialen Fragen eher sozialdemokratisch orientierte Partei unterstützt die Zweistaatenlösung, zugleich lehnt sie den ausschließlich jüdischen Charakter Israels ab und möchte Israel in eine Demokratie für alle Bürger*innen, unabhängig von ihrer nationalen und ethnischen Zugehörigkeit, verwandeln. Darüber hinaus setzt sie sich für die nationalen Minderheitsrechte und eine kulturelle Autonomie der palästinensischen Bürger*innen Israels ein. Sie schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Begin, Menachem (1913 – 1992)

In Brest-Litowsk (heute Weißrussland) geboren, führte Begin in den 1940er Jahren die revisionistische paramilitärische Organisation Etzel/Irgun, die in Palästina für einen jüdischen Staat kämpfte und Anschläge gegen die britische Mandatsregierung und die palästinensische Zivilbevölkerung verübte. Nach der Staatsgründung war er als Anführer der nationalistischen Cherut-Partei fast 30 Jahre in der Opposition, bis es dem von ihm geführten konservativen Parteienbündnis Likud gelang, die Wahlen 1977 zu gewinnen und damit die Vorherrschaft der Arbeiterpartei zu beenden. Seine Amtszeit als Premierminister (1977–1983) war vor allem mit einer

Verbesserung der (wirtschaftlichen) Situation der Mizrachim, dem Friedensabkommen mit Ägypten (1979), dem israelischen Luftangriff auf einen irakischen Atomreaktor (1981) und dem ersten Libanonkrieg (1982) verbunden. Angesichts des breiten anhaltenden Protests in Israel gegen den Krieg, insbesondere infolge des Massakers in Sabra und Schatila, legte Begin 1983 seine Ämter nieder und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Ben-Gurion, David (1886 – 1973)

Der in Polen geborene Ben-Gurion gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Er war Mitglied der zionistischen Bewegung und einer der Gründer und Vorsitzender der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930). 1935 wurde er Vorsitzender der Jewish Agency, sowie in 1946 Geschäftsleiter der Zionistischen Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung). Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister. Mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt.

Cherut — (hebräisch für: Freiheit)

1948 von Menachem Begin gegründete Partei, die aus der paramilitärischen Untergrundorganisation Irgun/Etzel hervorging und die zentrale rechtsgerichtete Partei Israels war. Mit Ausnahme der Großen Koalition, die mit Ausbruch des Krieges von 1967 gebildet wurde, blieb Cherut bis 1977 in der Opposition, weil sie (ebenso wie die KPI) von Mapai und insbesondere von David Ben-Gurion grundsätzlich als Koalitionspartner ausgeschlossen wurde. 1973 bildete Cherut mit einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen eine neue Wahlliste, den Likud (hebräisch für: Vereinigung), der die Wahlen 1977 gewann und die seit der Staatsgründung regierende Mapai/Arbeitspartei ablöste. Cherut wurde 1988 aufgelöst, als der Likud eine Partei wurde.

Eretz Israel — (hebräisch für: das Land Israel)

ein in der Bibel mit verschiedenen Bedeutungen verwendeter Begriff, der traditionell in der Diaspora, insbesondere der rabbinischen Literatur, für das historische Palästina verwendet wurde. Die zionistische Bewegung hat diesen Sprachgebrauch übernommen, um die historische und religiöse Verbundenheit mit dem Land zu betonen. Im heutigen hebräischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff i. d. R. Palästina vor der Staatsgründung von 1948.

Friedensabkommen mit Jordanien

Abkommen, das vom israelischen Premierminister Yitzhak Rabin und von König Hussein von Jordanien im Oktober 1994 unterzeichnet wurde und das auf der zusammen mit dem US-Präsidenten Bill Clinton unterzeichneten Washington-Erklärung (Juli 1994) beruhte. Es beendete formell den Kriegszustand zwischen den beiden Staaten und regelt vor allem Grenz- und Wasserfragen (soweit diese nicht die palästinensische Autonomiebehörde betreffen) sowie die Grundlagen der Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf Handel und Tourismus.

Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge

gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe in 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrolliert bis heute den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Regierungsübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und Bewohner*innen des Gazastreifens mit Tausenden von Toten, zum großen Teil palästinensische Zivilist*innen, und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Gemeinsame Liste

Name der gemeinsamen Wahlliste von Chadasch/al-Dschabha, Balad/al-Tadschama'u, der Vereinigten Arabischen Liste (geführt vom südlichen Flügel der Islamischen Bewegung) und Ta'al, die erstmals zu den Knesset-Wahlen 2015 antrat. Die Gemeinsame Liste gewann 13 Mandate und wurde damit drittgrößte Fraktion in der Knesset. Sie repräsentiert die absolute Mehrheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ist zugleich Heimat linker, anti- und nicht zionistischer Jüdinnen und Juden, die vor allem an Chadasch/al-Dschabha angebunden sind. Gleichzeitig ist ihr Programm auf das gesamte israelische Gemeinwesen ausgerichtet, wobei die Forderung nach Beendigung der Besatzung aller seit 1967 besetzten Gebiete sowie der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Arbeiterrechte die Hauptpfeiler sind.

HaBajit HaJehudi

(hebräisch für: das Jüdische Haus/Heim) 2008 gegründete Partei, ist in gewisser Weise die Nachfolgerin der Nationalreligiösen Partei (Mafdal). Diese wurde 1956 als orthodox-religiöse, bürgerlich-zentristische Partei gegründet, die bis 1977 Teil der von Mapai und danach von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalitionen war. Seit 1986 beteiligte sich Mafdal wiederholt (mit Unterbrechungen) an verschiedenen, nun Likud-geführten Regierungskoalitionen, allerdings mit einer neuen, zunehmend rechtsnationalistischen Agenda. Sie engagierte sich insbesondere für den Bau jüdischer Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten und war eng mit Gusch Emunim verbunden. Mafdal löste sich 2008

auf, um mit zwei anderen rechten Parteien, Moledet (Heimat) und Tkuma (Wiedergeburt), die Partei HaBajit HaJehudi zu gründen. Allerdings machten sich die beiden Partnerparteien bald darauf wieder selbstständig. Bei den Wahlen 2009 erhielt die Partei drei Knesset-Sitze (von 120). Ende 2012 übernahm der charismatische Hightech-Millionär und ehemalige Stabschef von Benjamin Netanjahu, Naftali Bennett, den Parteivorsitz, der sowohl die traditionelle Wählerschaft der Partei, insbesondere in der Siedlerbewegung, als auch weitere Kreise, einschließlich säkulare nationalistische Jüdinnen und Juden, ansprechen konnte. Bennett lehnt jede Konzession an die Palästinenser*innen ab und fordert die Annexion großer Teile der Westbank (C-Gebiete). Zu den Wahlen 2013 trat die Partei im Rahmen einer Wahlliste zusammen mit Moledet und Tkuma an, sie erhielten 12 Knesset-Sitze (von 120) und wurde Teil der Regierungskoalition Benjamin Netanjahus. Bei den Wahlen 2015 machte sie sich wieder unabhängig, trat selbstständig an, erzielte acht Sitze (von 120) und wurde zu einem zentralen Partner in Netanjahus Regierungskoalition.

„hebräische Arbeit“ — (hebräisch: awoda ivrit)

Slogan der seit Anfang des 20. Jahrhunderts innerhalb der zionistischen Arbeiterbewegung in Palästina erhobenen Forderung, nur jüdische Arbeiter*innen (und keine arabischen) anzustellen.

Histadrut

Die Histadrut ist der Dachverband, in dem die meisten Gewerkschaften Israels organisiert sind. 1920 gegründet, war sie ein Hauptpfeiler der zionistisch-sozialistischen Bewegung und wurde nach 1948 zu einer der mächtigsten Organisationen in Israel. Sie nahm nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben wahr (mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen wurden von ihr vertreten), sondern besaß auch einige der größten Konzerne, die größte Bank, die meisten Pensionsfonds und die größte Krankenkasse. Im Zuge der (neo-)liberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980er Jahren von der Regierung verfolgt wird, wurde die Histadrut auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt. Seit 1995 heißt der Dachverband offiziell Neue Histadrut.

Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des

Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinwerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist*innen sowie 60 tote Armeeangehörige.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

Islamische Bewegung

Die Islamische Bewegung in Israel, von den ägyptischen Muslimbrüdern beeinflusst, wurde 1971 gegründet und arbeitete zunächst primär im sozialen Bereich. 1989 beteiligte sie sich zum ersten Mal in einigen Orten an den Kommunalwahlen – mit Erfolg (so wurde ihr Kandidat Bürgermeister von Umm al-Fahm). Die interne Debatte über das Oslo-I-Abkommen (1993) spaltete die Bewegung in zwei Fraktionen: den nördlichen Flügel (der das Abkommen ablehnte) und den südlichen Flügel. Während der nördliche Flügel Israels Legitimität nicht anerkennt und folglich zum Boykott der allgemeinen Wahlen in Israel aufruft, steht der südliche Flügel für eine Zweistaatenlösung nach einem Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, für die Anerkennung der Palästinenser*innen in Israel als nationale Minderheit, für eine sozialdemokratisch geprägte sozioökonomische Ordnung und für eine „islamisch geprägte“, konservative gesellschaftliche Erneuerung. Folglich beteiligt sich der südliche Flügel seit 1996 an den Wahlen und tritt als Teil der Vereinigten Arabischen Liste (Ra'am) an. Im Laufe der Zeit wurde er zur stärksten Kraft in dieser Wahlliste. Zur Wahl 2015 schloss sich Ra'am mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen. 2015 wurde der nördliche Flügel (mit all seinen Unterorganisationen) verboten.

Kadima

(hebräisch für: vorwärts) von Ariel Scharon 2005 als Zentrumsparterie gegründet, der sich ehemalige Mitglieder vom Likud und von der Arbeitspartei anschlossen. Scharon gründete die Partei in Reaktion auf die Kritik innerhalb des Likud (dessen Vorsitzender er war) an seinem Entflechtungsplan für den Gazastreifen, in dessen Rahmen die israelischen Siedlungen im Gazastreifen geräumt wurden sowie die israelische Armee sich aus dem Gebiet zurückzog und seitdem in erster Linie die Grenzen (auf dem Land, im Wasser und in der Luft) kontrolliert. Unter Scharons Nachfolger, Ehud Olmert, gewann Kadima bei den Wahlen 2006 genügend Mandate, um die Regierung zu bilden. Unter Tzipi Livnis Führung wurde Kadima 2009 die größte Knesset-Fraktion, aber es gelang ihr nicht, die Regierung zu bilden. 2012 unterlag Livni Schaul Mofaz bei den Wahlen um den Parteivorsitz, woraufhin sie Kadima verließ und die Partei HaTnu'a gründete. Bei den Wahlen von 2013 erhielt Kadima zwei Sitze, seit den Wahlen 2015 ist sie nicht mehr in der Knesset vertreten.

Knesset

(hebräisch für: Versammlung; nimmt Bezug auf die Große Versammlung, das heißt dem nach Überlieferung aus 120 Mitgliedern bestehenden Obersten Rat der jüdischen Gemeinden nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil) bezeichnet das israelische Parlament in Jerusalem, dem 120 Abgeordnete angehören, die nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von derzeit 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich Parteien oder Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert in der Regel vier Jahre

Kommunistische Partei Israels (KPI)

Die KPI ging nach der Staatsgründung 1948 aus der KPP hervor. Sie definierte sich als nicht zionistische, jüdisch-arabische kommunistische Partei. 1954 schloss sich eine relativ große jüdische Gruppe unter der Führung des charismatischen Moshe Sneh (1909–1972, ehemals Mapam) der Partei an. Sneh sah in der Sowjetunion die aufsteigende Weltmacht und wollte Israel in deren Orbit bringen. 1965 kam es zur Spaltung: Eine mehrheitlich arabische Fraktion verließ die Partei und gründete die Rakach (Neue Kommunistische Liste), die allerdings von der Sowjetunion erst als kommunistische Partei anerkannt wurde, nachdem ihre Konkurrentin unter Snehs Führung den Krieg von 1967 unterstützt hatte. Ihren Namen KPI konnte sie sich erst Ende der 1980er Jahre zurückerobern, obwohl ihre Konkurrentin bald nach Snehs Tod zusammenbrach. 1977 bildete Rakach zusammen mit verschiedenen linkssozialistischen Gruppen die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, Chadasch/al-Dschabha, und beteiligte sich so an den

Wahlen. Sie war i. d. R. mit drei bis fünf (von 120) Sitzen in der Knesset vertreten und schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Krieg von 1967

Offizielle israelische Bezeichnung meist: Sechstagekrieg; von arabischer Seite mitunter auch als naksa (arabisch für: Rückschlag) bezeichnet. 5. bis 10. Juni 1967; Krieg zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite. Israel eroberte die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem). Israel räumte den Sinai nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens (1979). Die Besetzung der anderen Gebiete besteht fort.

Likud

(hebräisch für: Vereinigung) entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen/Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Mapai

(Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel [Palästina]) 1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisation Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regierungspolitik weitgehend zu bestimmen. Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAvoda) gegründet wurde. Mapai nahm keine nicht jüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

Mapam

(Akronym des hebräischen Namens: Vereinigte Arbeiterpartei) 1948 durch die Vereinigung von HaSchomer HaTza'ir und anderen linkszionistischen Organisationen entstandene Partei. Mapam übernahm von HaSchomer HaTza'ir die enge Verbindung zu der 1928 gegründeten Dachorganisation Kibbuz Artzi (die linke der drei Strömungen in der Kibbuzbewegung) sowie die 1943 gegründete Tageszeitung Al HaMischmar (Auf der Wacht), die bis 1995 erschien.

1969 schloss sich Mapam mit der Arbeitspartei zu einer gemeinsamen Wahlliste (HaMa'arach) zusammen, das Bündnis hielt mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung bis nach den Wahlen 1984. Aus Protest gegen die von Schimon Peres (Arbeitspartei) und Jitzchak Schamir (Likud) geführte Große Koalition schied Mapam aus HaMa'arach aus. 1992 schloss sich Mapam der gemeinsamen Wahlliste Meretz an. 1997 wurde Mapam aufgelöst, als sich Meretz als Partei konstituierte.

Meretz

(Ein aus Parteinamen geformtes Akronym, das das hebräische Wort für Kraft/Energie ist) Wahlliste, zu der sich 1992 die Bürgerrechtspartei Ratz, die linkszionistische Mapam und die liberale Schinui zusammenschlossen. Als solche hatten sie bei den Knesset-Wahlen 1992 ihren größten Erfolg (sie errangen 12 von 120 Mandaten). Bei der Bildung der von Jitzchak Rabin geführten Regierungskoalition spielte sie eine Schlüsselrolle und ermöglichte somit später die Oslo-Abkommen. 1997 lösten sich die beteiligten Parteien auf und Meretz konstituierte sich als Partei. Meretz gilt als Hort des aus Europa stammenden jüdischen Bürgertums und ist linksliberal bis sozialistisch geprägt. Meretz ist heute mit fünf Sitzen (von 120) in der Knesset vertreten.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden „Sperrzonen“ errichtet: Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie relativ dünnbesiedelte Gebiete, insbesondere im Negev. Palästinenser*innen, die außerhalb dieser „Sperrzonen“ lebten, wurden in eine solche gebracht. Die „Sperrzonen“ unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs-(Notstands-)Verordnungen beruhte, verwaltet. Die palästinensischen Staatsbürger*innen durften die ihnen zugeteilte „Sperrzone“ nur mit Sondergenehmigung verlassen, und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

Mizrachim

(Plural des hebräischen Worts mizrachi, das „Orientale“ oder „orientalisch“ bedeutet; weiblich: Mizrachit, Plural: Mizrachijot) Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und

muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden jüdischen Israelis verwendet, die Aschkenasim genannt werden.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete „Oslo I“ sowie das 1995 in Taba unterzeichnete „Oslo II“. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der Westbank und des Gazastreifens wurden der begrenzten Selbstverwaltung durch die zu diesem Zweck geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Oslo-Prozess

Bezeichnung des Friedensprozesses, der auf die Oslo-Abkommen (1993 u. 1995) folgte und bis 1999 zu einem israelisch-palästinensischen Friedensabkommen auf der Basis der UNO-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 führen sollte. Die letzte Runde der Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen scheiterte in Camp David im Juli 2000.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung – die größte ist). Als sie 1964 in Kairo gegründet wurde, trat sie für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in der UNO. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch auf die Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat (ein zentrales Organ der PLO) die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an und stimmte den UNO-Sicherheitsratsresolutionen 242 (Forderung des Rückzugs Israels aus den

1967 besetzten Gebieten) und 338 (Waffenstillstand nach dem Krieg 1973) zu. Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die aufgrund der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO. Allerdings besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor. Das gilt auch für seinen Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Palmach

(Akronym des hebräischen Namens für: Sturmtruppen) 1941 als Eliteinheit der Hagana (hebräisch für: Verteidigung), der paramilitärischen Organisation des zionistischen Gemeinwesens, während des britischen Mandats in Palästina gegründet. Nach der Staatsgründung im Jahr 1948 wurde der Palmach aufgelöst und in die neue israelische Armee integriert, in der viele seiner ehemaligen Mitglieder Führungspositionen übernahmen.

Ratz

Die Bewegung für Bürgerrechte und Frieden wurde 1973 als Partei von der Menschenrechtsanwältin und -aktivistin Schulamit Aloni (1928–2014) nach ihrem Austritt aus der Arbeitspartei gegründet, die sie auf einen aussichtslosen Listenplatz gesetzt hatte. Die erste von einer Frau gegründete israelische Partei schaffte den Sprung in die Knesset, hielt sich dort aber meist nur knapp; ihr bestes Wahlergebnis waren 1988 fünf Sitze (von 120). 1992 schloss sich Ratz mit anderen Parteien in der Wahlliste Meretz zusammen. Ratz wurde 1997 aufgelöst, als sich Meretz als Partei konstituierte.

Schas-Partei

(Akronym des hebräischen Namens für: Sephardische Tora-Wächter) 1984 gegründete, sephardische ultraorthodoxe Partei, deren geistiger Führer der Rabbiner Ovadja Josef (1920–2013) war. Sie erreichte bei den Wahlen 1999 ihren größten Erfolg mit 17 Sitzen in der Knesset, anschließend waren es zwischen elf und zwölf Sitze. Nach dem Tod von Ovadja Josef kam es zur Spaltung, womit sich die Mandate nach den Wahlen 2015 auf sieben reduzierten. Die ursprünglich mehr auf soziale Fragen ausgerichtete Partei beteiligte sich sowohl an von der Arbeitspartei als auch vom Likud bzw. Kadima geführten Koalitionsregierungen und bewegte sich im Laufe der Zeit immer weiter nach rechts.

Schinui

(hebräisch für: Veränderung) 1974 gegründete liberale und säkulare Zentrums-partei. Als Teil der liberalen Wahlliste Dasch gehörte sie nach den Wahlen 1977 zur drittgrößten Fraktion in der Knesset und

trat Menachem Begin's rechter Regierungskoalition bei, die die Herrschaft der Mapai/Arbeitspartei beendete. Nach der Auflösung von Dasch erzielte Schinui zwei Sitze bei den Wahlen 1981; 1992 bildete sie mit Batz und Mapam eine gemeinsame Wahlliste (Meretz). Als sich Meretz 1997 als Partei konstituierte, schlossen sich ihr einige Schinui-Mitglieder an, die Mehrheit aber entschied sich dagegen, weil ihnen Meretz zu links war. Vor den Wahlen 1999 übernahm der Journalist Tommy Lapid (1931–2008), der für seinen Kampf für die Trennung von Staat und Religion und seine Unterstützung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik bekannt war, die Parteiführung. Die Partei errang sechs Knesset-Sitze (von 120). Nach den Wahlen 2003 wurde Schinui mit 15 Sitzen die drittgrößte Fraktion und beteiligte sich an Ariel Scharons Regierungskoalition. 2004 schied sie aus Protest gegen finanzielle Zugeständnisse an religiöse Parteien aus der Regierung aus. Bei den Wahlen 2006 scheiterte sie an der Prozenzhürde, zu den Wahlen 2009 trat sie nicht mehr an.

sephardisch – („spanisch“)

In der jüdischen Diaspora gab es zwei große Zentren: in Zentraleuropa und in Andalusien auf der iberischen Halbinsel unter muslimischer Herrschaft. In diesen Zentren entwickelten sich im Laufe der Zeit jeweils spezifische kulturelle und religiöse Traditionen, zum Beispiel in Bezug auf die religiöse Liturgie, die hebräische Aussprache und die verwendete Alltagssprache (Jiddisch und Ladino/Judezmo). Das Zentrum in Andalusien wurde 1492 durch die Reconquista und die darauffolgende Vertreibung (oder Zwangskonvertierung) der jüdischen (und muslimischen) Bevölkerung zerstört. Die Flüchtlinge gelangten nach Nordafrika, ins Osmanische Reich und in Seehandelsstädte in Italien und Nordwesteuropa (und von dort aus auch nach Amerika und Indien). Sie bewahrten ihre Identität und Traditionen, die sephardisch (das heißt von der iberischen Halbinsel kommend) genannt wurden. Nichtsdestotrotz entwickelte sich im Laufe der Zeit eine große Vielfalt: infolge der großen räumlichen Entfernungen zwischen den Flüchtlingsgemeinden, dem Zusammentreffen mit anderen jüdischen Gemeinden (vor allem im Nahen Osten), deren Mitglieder nicht von der iberischen Halbinsel kamen, und dem Einfluss der sie umgebenden nicht jüdischen Mehrheitsgesellschaft. Eine gewisse Vereinheitlichung erfolgte in Israel durch das Amt des Sephardischen Oberrabbiners (das neben dem Amt des Aschkenasischen Oberrabbiners besteht). Heute bezeichnen sich viele sephardische (sowie auch andere aus Afrika und Asien eingewanderte) Israelis auch als Mizrachim/Muzrachijot.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. 2014 lebten ca. 350.000 Siedler*innen in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in etwa 100 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen etwa 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser*innen.

Tag des Bodens – 30. März, Gedenk- und Protesttag

Um die jüdische Besiedlung Galiläas im Norden Israels zu fördern, wurden massive Landenteignungen beschlossen. Um den Protest in den betroffenen palästinensischen Ortschaften zu unterdrücken, wurde über diese Orte am 29. März 1976 eine Ausgangssperre verhängt. Daraufhin rief das palästinensische Komitee zur Verteidigung des Bodens zum ersten Generalstreik der palästinensischen Bürger*innen Israels und zu Demonstrationen am 30. März auf. Auf die breite Solidaritätsbekundung reagierten die israelischen Sicherheitskräfte mit Gewalt. Sechs unbewaffnete Demonstrant*innen wurden getötet, ca. 100 verletzt und Hunderte verhaftet. Seitdem ist der 30. März ein Tag des Gedenkens an die Opfer und des Protests gegen die fortgesetzten Landenteignungen.

Techija

(hebräisch für: Wiederbelegung) 1979 von Geula Cohen und Moshe Shamir gegründete Partei, nachdem beide den Likud aus Protest gegen das Friedensabkommen mit Ägypten verlassen hatten. Techija war eng mit Gusch Emunim verbunden und prominente Siedler*innen schlossen sich der Partei an. In der Knesset war sie mit drei bis fünf (von 120) Sitzen vertreten. Bei den Wahlen 1992 scheiterte sie an der Prozenzhürde und wurde danach aufgelöst.

Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter

jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Zionistisches Lager

Name der gemeinsamen Wahlliste der Arbeitspartei und der von Tzipi Livni geführten HaTnu'a, die vor den Knesset-Wahlen 2015 aufgestellt wurde. Die Liste erzielte 24 Sitze (von 120) und wurde zur zweitgrößten Fraktion in der Knesset.